Um die Krankenversicherung

Beginn der Reichstagsberatungen

D. Am Dienstag ging der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags an die Beratung der Vorlage zur Reform der Krankenversicherung. Es handelt sich um eine Doppelvorlage, da der Reichsrat in einer Reihe von Punkten von der Regierungsvorlage abwich. Der bisher hinter den Kulissen sehr geräuschlos, deswegen aber nicht weniger zäh und hartnäckig geführte Kampf um die Gestaltung der Vorlage wird nunmehr vor der breiten Oeffentlichkeit weitergeführt. Von den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses hängt im wesentlichen das Schicksal der kranken Arbeitnehmer ab. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat daher vor dem entscheidenden Kampf im Reichstag sich zum Wort gemeldet. In einer am Montag angenommenen Entschließung wendet er sich mit schärfstem Protest gegen den Plan, durch einen Abbau der Leistungen jährlich 300 bis 400 Millionen Mark einsparen zu wollen. Die Entschließung lautet:

Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf zur Reform der Krankenversicherung vorgelegt, der den entschiedenen Widerspruch aller beteiligten, an der Krankenversicherung positiv interessierten Kreise hervorrufen muß. Gegen die klar geäußerte Absicht der Regierung, mit diesem Entwurf nicht etwa dem sozialen Fortschritt und den Interessen der Versicherten dienen zu wollen, sondern durch einen Abbau der Leistungen jährlich den Betrag von 300 bis 400 Millionen Mark zu ersparen, legt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den schärfsten Protest ein. Er weist mit Nachdruck auf die ungeheuren Schäden für die Volksgesundheit hin, die sich insbesondere aus der finanziellen Belastung der Versicherten bei Inanspruchnahme von Aerzten und Medikamenten ergeben würden. **In der durch Einschaltung der Arbeitgeber und Versicherungsbehörden erschwerten Beitragsfestsetzung erblickt der Bundesvorstand den planmäßigen Versuch, die Rechte der Versicherten in den Krankenkassen zu beschränken und den Ausbau der Leistungen zu verhindern.** Die Vorschläge zur Neuregelung des kassenärztlichen Systems und zur Bekämpfung der Zersplitterung in den Krankenkassen müssen als völlig ungenügend bezeichnet werden.

Ziel einer von sozialpolitischen Grundsätzen ausgehenden Reform der Krankenversicherung muß eine Ausdehnung des Versichertenkreises, eine Lösung der Arztfrage durch Gewährung stärkerer Kontrollrechte an die Krankenkassen und eine durchgreifende Reform der Organisation durch Beseitigung aller Sonderkassen und Zwergkassen sein.

Der Bundesvorstand erwartet von allen Fraktionen des Reichstags, die gewillt sind, den heute mehr denn je gesteigerten sozialen Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft zu dienen, daß sie dem Abbau eines in Jahrzehnten bewährten sozialen Schutzgesetzes mit allen Mitteln entgegentreten.

Polizei für Naziverbot

P. Hamburg, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Landesverband der Polizeibeamten Groß-Hamburg, der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist, erhebt gegen die Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes zum Beschluß der preußischen Regierung über die Zugehörigkeit der Beamten zur Kommunistischen und Nationalsozialistischen Partei schärfsten Protest. Der Landesverband der Polizeibeamten Groß-Hamburg hält es aus staatspolitischen Gründen für unbedingt notwendig, den Beamten die Zugehörigkeit zu politischen Parteien zu untersagen, die die Republik mit den schmutzigsten Waffen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. **Die Groß-Hamburger Polizeibeamtenschaft begrüßt deshalb den Erlaß des preußischen Staatsministeriums.**

Die Erklärung des Landesverbandes schließt mit der Feststellung, daß die in ihm organisierten Polizeibeamten die Aktion des Deutschen Beamtenbundes gegen die preußische Regierung nicht ruhig hinnehmen werden.

Verhandlungen in Nordwest

Essen, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In Essen fanden am Dienstag Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Nordwest und den Gewerkschaften über die in Aussicht genommenen Kündigungen des Arbeitszeitabkommens durch die drei Gewerkschaften und des Lohnaufkommens durch die Arbeitgeber und die christlichen Gewerkschaften statt. Vor Eintritt in die Besprechungen erklärten die Arbeitgeber, daß sie eine gerichtliche Feststellung darüber herbeiführen lassen würden, ob der Deutsche Metallarbeiterverband durch sein Unterstützungsversprechen in der Abwehr des Akkordlohnabbaues die Friedenspflicht verletzt habe. Ferner stellten sie fest, daß die christlichen Gewerkschaften die beiden Abkommen erst gekündigt hätten, nachdem die anderen Kündigungen, vor allem aber die des Arbeitgeberverbandes, vorlagen.

In den Verhandlungen selbst forderten die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes die 48stündige Arbeitswoche, zumal Nordwest die längste Arbeitszeit im ganzen Reiche habe. Die christlichen Gewerkschaften forderten eine bessere Uebersichtlichkeit des Lohnabkommens und kündigten spezielle Forderungen an. Der Deutsche Metallarbeiterverband erklärte ebenfalls, entsprechende Forderungen erheben zu wollen. Die Arbeitgeber teilten mit, daß sie Lohnsenkungen beabsichtigten. Die Verhandlungen werden am 20. Juli in Essen fortgesetzt.

•

Erfolgreiche Abwehr

Essen, 9. Juli. (Eig. Funkspruch.) Die in der Abwehr gegen den Abbau der Akkordlöhne in den Ausstand getretene Belegschaft der Siemens-Schuckert-Werke in Mülheim a. d. Ruhr wird heute die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem die Betriebsleitung zugesagt hat, daß die Severing-Klausel bestehen bleibt. Die Arbeitnehmer machten das Zugeständnis, daß nach Verhandlungen mit dem Betriebsrat im Laufe der nächsten Woche die Belegschaftsziffer um 100 Mann vermindert werden soll.

Erzbischof gegen Todesstrafe

S. London, 9. Juli. (Eigener Funk.)

Ein von der Labour-Regierung vor längerer Zeit gestellter und aus allen Parteien zusammengesetzter parlamentarischer Ausschuß beschäftigt sich zur Zeit mit der Frage, ob die Todesstrafe abgeschafft oder beibehalten werden soll. Am Dienstag wurde u. a. der Erzbischof von York gehört, der sich energisch gegen die Todesstrafe erklärte. Sie widerspreche dem Geist der christlichen Religion. Eine physische Vernichtung könne höchstens gegen einen Menschen vollzogen werden, wenn er ein völliger Teufel sei, aber ein derartiges menschliches Wesen sei auf der Erde nicht vorhanden, und für jeden Menschen gebe es eine Hoffnung auf Besserung. Nur die Abschaffung der Todesstrafe, nicht ihre Beibehaltung, könne die Zahl der Mordvergehen vermindern.

Auch ein Länderkampf

Der französische Schwimmer und die deutsche Schnelljustiz

Zeitz, 8. Juli. (Eig. Funk.) Der französische Schwimmer Cuvelier, der am Sonntag an dem Länderkampf Frankreich gegen Deutschland teilnahm, wurde am Dienstag von dem hiesigen Schnellgericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Hetze der nationalsozialistischen Presse gegen die an dem Länderkampf beteiligte französische Mannschaft führte in der Nacht zum Montag zu Zusammenstößen, in deren Verlauf ein Mann, der den Streit schlichten wollte, mehrere Messerstiche erhielt. Als Urheber der Tat wird der verurteilte französische Schwimmer Cuvelier bezeichnet, ohne daß bestimmte Anhaltspunkte dafür vorlägen. Die französische Botschaft in Berlin hat gegen das Urteil bei der Reichsregierung bereits interveniert. Das Urteil gegen den französischen Schwimmer hat selbst in rechtsstehenden bürgerlichen Kreisen der Stadt ziemliche Empörung erzeugt.

Deutschlands Antwort an Briand

Bedingung: Revision der Verträge

Die Antwort der Reichsregierung auf das Europa-Memorandum Briands, die in den nächsten Tagen in Paris überreicht werden wird, dürfte im wesentlichen auf die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den für September in Genf geplanten weiteren Verhandlungen hinauslaufen. Indem man die Initiative des französischen Außenministers grundsätzlich begrüßt, wird man doch vermeiden, dem Gedanken eines Paktes der europäischen Staaten näherzutreten und eine Reihe von Fragen und Bedenken formulieren, die in der Konferenz der Regierungsvertreter zu diskutieren wären.

Die deutsche Regierung lehnt eine Union ab, die darauf hinausläuft, den durch die Friedensverträge geschaffenen Zustand zu stabilisieren. Sie wünscht vielmehr die Schaffung von Garantien für die Ermöglichung einer Revision der Verträge, und zwar von Garantien, die über die Bestimmungen des Art. 19 des Völkerbundpaktes hinausgehen. Weiter wird in der Antwort auf die Notwendigkeit einer stärkeren Betonung der wirtschaftlichen Ziele hingewiesen werden, deren Verwirklichung nicht, wie Briand es will, von der vorherigen Lösung der politisch-militärischen Probleme abhängig gemacht werden darf. Schließlich wird man auch auf die Gefahren hinweisen, die durch einen neuen organisatorischen Aufbau dem Organismus und der Bedeutung des Völkerbundes erwachsen können. Es wird damit gerechnet, daß am Ende der Genfer Besprechung im September die Einsetzung einer Studienkommission stehen wird, die alle Details des Planes einer genauen Prüfung unterziehen soll.

•

Frankreich zu Entgegenkommen bereit?

P. Paris, 8. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die europäische Rundfrage Briands scheint auf die politische Einstellung der europäischen Nationen wie Scheidewasser zu wirken. Schon jetzt haben sich, obwohl erst drei offizielle Antworten am Quai d'Orsay eingegangen sind, deutlich zwei Parteien gebildet:

Unter Führung Frankreichs und der Kleinen Entente die Partei für die strikte Aufrechterhaltung des augenblicklichen Vertragszustandes, unter der Führung Italiens die Partei für die Revision der Verträge.

Obwohl die Revisionisten unter sich selbst endlos gespalten sind, weil jeder unter Revision etwas anderes begreift, hat die von Italien lancierte Parole doch in Paris wie ein Donnerschlag gewirkt. Man ist sich hier natürlich bewußt, daß Mussolini mit seiner Revisionsparole keineswegs an den Vertrag von Versailles, geschweige denn an eine Rückgabe Südtirols denkt, aber man scheint doch ernstlich zu befürchten, daß Mussolinis Lockungen

in gewissen Kreisen Deutschlands auf fruchtbaren Boden fallen

könnten. So erklärt der Matin bereits dieser Tage, daß Deutschland in der Verständigung mit Frankreich finanzielle Unterstützung, eine bessere Reparationsregelung, ein freieres Militärstatut und eine unbedingte Sicherung seiner Verbindungen mit Ostpreußen finden könne. Heute wirft Paris Midi, der sonst nicht sehr deutschfreundlich ist, die Frage der Gewissensforschung auf: Hat Frankreich Deutschland gegenüber alles getan, was es hätte tun können? Und dann erklärt das Blatt:

„Wenn Deutschland und Frankreich einig sind, regeln sich alle Streitfragen von selbst. Deutschland und Frankreich geeint, können Europa nicht beherrschen, aber befrieden. Es ist klar, daß Deutschland nach dem Young-Plan und nach der Räumung des Rheinlandes von uns nicht noch den Verzicht auf das Saargebiet, die Rückgabe der Kolonien, die Wiederherstellung des polnischen Korridors und den Anschluß an Oesterreich ohne ein Lächeln erhalten kann. Aber wenn die Reichsregierung sich mit uns an den Verhandlungstisch setzen und in direkter Aussprache ohne Hintergedanken und Ausflüchte alle Streitpunkte, die uns trennen, aus der Welt schaffen will, dann ist Frankreich bereit dazu."

Die verhaßten Konsumvereine

Weiterberatung des Deckungsprogramms

Deutscher Reichstag

194. Sitzung vom 8. Juli, 8 Uhr

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt.

Abg. v. Sybel (Landvolk): Die Notlage des Obst- und Gemüsebaues mache einen Kurswechsel nicht nur in der Handelsvertrags-, sondern auch in der Steuerpolitik erforderlich. Ein großer Teil der Ersparnisvorschläge des Hansabundes würde sich bei gutem Willen verwirklichen lassen. Die Reichsregierung sollte die von ihr erstrebte Senkung der Realsteuern dadurch beschleunigen, daß sie die Einführung des Verwaltungskostenbeitrags in den Gemeinden sofort vornehme. Die Grundsteuer sei noch ungerechter als die Gewerbesteuer. Um diese ungerechten Steuern senken zu können, müsse der Verwaltungskostenbeitrag noch vor der Sommerpause des Reichstags beschlossen werden.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.) wirft die Frage auf, ob nicht eine Umgestaltung der Finanzverwaltung möglich wäre mit dem Ziel, diese Verwaltung übersichtlicher zu gestalten und den Reichsfinanzminister von der Ueberfülle seiner Aufgaben zu entlasten. In dieser Verwaltung könnten wesentliche Ersparnisse gemacht werden. Dem Minister stimmen wir darin zu, daß gewisse Reserven angesammelt werden müssen. Das Ostprogramm müßte in engem Zusammenhang mit der Deckungsfrage behandelt werden.

Es war ein Fehler, daß Hilferdings Ersparnisprogramm nicht energisch weiterverfolgt worden ist.

Die Steuern als Mittel zur Einnahmevermehrung läßnen nicht ins ungemessene erhöht werden. Der Ertrag der indirekten Steuern findet seine Grenzen am Konsumrückgang. Das wird sich auch bei der Biersteuer zeigen. Die unheilvolle Verbindung der Finanzlage der Arbeitslosenversicherung mit der des Reiches muß getrennt werden. Unsere Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung von 1929 werden jetzt zu 90 Prozent erfüllt. Die sogenannte

Reichshilfe der Beamten

ist ein Umweg, der den Eindruck erweckt, als wollte man die Steuern da holen, wo sich der schwächste Widerstand zeigt. (Zurufe des Abg. Schuldt [Dem.]: Moldenhauer!) Wenn die Deutsche Volkspartei ihre Meinung geändert hätte, wäre mein Freund Moldenhauer heute noch Finanzminister. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß in der Zeit der Not alle Volksschichten gleichmäßig zu Opfern herangezogen werden müssen, und daß dann auch die Beamtenschaft sich nicht ausschalten wird. Der Verwaltungskostenbeitrag ist keine sensationelle Neuerung. Wir haben schon in der alten Regierungskoalition Auseinandersetzungen über die sogenannte Bürgerabgabe gehabt. Mit dieser Abgabe können nicht nur die Gemeindefinanzen, sondern die allgemeinen Finanzen saniert werden. Die Ledigensteuer muß differenziert werden nach der wirtschaftlichen Lage und nach den Verpflichtungen der Ledigen. Der

Zuschlag zur Einkommensteuer

widerspricht dem wichtigsten Programmpunkt der Regierung, der Verheißung einer Steuersenkung zum Zweck der Kapitalbildung. Die starke Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei dem Deckungsprogramm gegenüber entspringt der tiefsten Sorge um die deutsche Wirtschaft. Wenn immer noch in der Presse vom Ermächtigungsgesetz und von anderen Plänen gesprochen wird, so kann das nur zur Beunruhigung der Wirtschaft führen. Wir erwarten von der Regierung, daß sie versuchen wird, sich auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung eine Mehrheit zu sichern.

Abg. Colosser (Wirtsch.) weist darauf hin, daß die Wirtschaftspartei vergebens jahrelang die Ausgabenpolitik bekämpft habe und ewig ausgelacht worden sei. Die von der Regierung vorgeschlagenen Etatsabstriche seien gewiß zu gering, ein anhaltender Abbau sei aber nur durch Abbau von Gesetzen möglich. Auch in den Gemeinden müsse Sparsamkeit einziehen. Die Kopfsteuer und ihre Verbindung mit den Realsteuern sei deshalb nötig. Der katastrophale Konsumrückgang zeige, daß eine Besteuerung der sogenannten Genußmittel nicht mehr möglich sei.

Ein Pensionskürzungsgesetz werde die Wirtschaftspartei unter allen Umständen mitmachen.

Darüber hinaus sei ein Abbau der Beamtengehälter, aber auch ein Abbau der Löhne und Preise der Wirtschaft sowie der angespannten sozialen Gesetzgebung notwendig. Nur wenn diese Fragen mit Entschiedenheit angefaßt werden, sei die Wirtschaftspartei bereit, eine vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Einkommensteuer für die großen Einkommen mitzumachen. Im Ganzen sei mit den Vorschlägen der Regierung ein bescheidener Anfang zur wirklichen Gesundung der Wirtschaft gemacht.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Meine politischen Freunde haben es sehr bedauert, daß der Reichsfinanzminister sich am Montag darauf beschränkt hat, nur die jetzige Regierungsvorlage zu verteidigen, ohne ein

endgültiges Finanz- und Wirtschaftsprogramm

zu entwickeln. Ohne ein solches Programm ist eine Behebung der augenblicklichen Finanzschwierigkeiten garnicht möglich. Wir brauchen eine organische Preissenkungsaktion. Sie kann aber nicht erreicht werden, wenn Preußen durch Gesetz die Mieten erhöht, wenn die Gemeinden den Verkehr verteuern, wenn die Reichsbahn die Tarife erhöhen will. Vor allem müssen die künstlich hochgehaltenen Kartellpreise gesenkt werden ebenso wie die Kleinhandelspreise. Wenn die Preissenkung erreicht ist, dann können und müssen wir auch zu einer

Senkung der Löhne kommen, die nicht gegen, sondern in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen erfolgen muß.

Erst dann wird auch die Beamtenschaft einer Gehaltssenkung zustimmen, während das von Dr. Moldenhauer vorgeschlagene einseitige Notopfer der Beamten mit Recht auf schärfste Ablehnung stieß. Es ist jetzt die Zeit gekommen, die Kapitalflucht in jeder Form als ein Verbrechen am Vaterland zu brandmarken. Ich würde es begrüßen, wenn bei jeder Steuererklärung eine eidliche Erklärung darüber gefordert wird, welches Kapital direkt oder indirekt im Ausland angelegt ist. Dieses Kapital könnte dann höher besteuert werden als das inländische. Die Neigung zur Kapitalflucht wird geringer werden, wenn das Vertrauen zur Solidität der deutschen Finanzwirtschaft wiederhergestellt ist. Das kann nur geschehen durch eine grundlegende Finanzreform. Eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen wird nur möglich sein, wenn sofort auch die

Gemeindefinanzen saniert

werden. Wir begrüßen den festen Willen des Ministers, 100 Millionen am Etat einzusparen, aber wir meinen, daß weitere Ersparnisse möglich sind, und daß die Vorschläge des Hansabundes,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300709/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG